

# Pulsnitzer Anzeiger

## Dhormer Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Pfd., bei Lieferung frei Haus 50 Pfd. Postbezug monatlich 2.30 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Vertriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Anzeigenpreise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Konturs



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachlaß hinsichtlich Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und E. L. Förster's Erben. Verantwortlich für Derzeitiges u. Sächsisches, Unterhaltungs- u. Sport u. Anzeigenteil: Karl Hoffmann, Pulsnitz, für Politisches und den übrigen Teil: Walter Mohr, Pulsnitz, D. A. L. 2250. Geschäftsstellen: Albertstr. 2 u. Adolf-Gitler-Str. 4, Fernruf 518 u. 500.

Das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Finanzamtes zu Ramersdorf des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 48

Mittwoch, den 26. Februar 1936

88. Jahrgang

## Militärputsch in Tokio

### Kriegszustand in ganz Japan ausgerufen

London 26. Februar. In den heutigen frühen Morgenstunden veröffentlicht Reuters eine Meldung aus Schanghai, wonach in Tokio ein Militärputsch stattgefunden hat. Infolge der Zensur seien Einzelheiten bisher noch nicht bekannt. Es verlautet, daß mehrere sehr bedeutende politische Führer, darunter der Finanzminister Takahashi, ermordet worden seien.

Nach einem in Schanghai eingelaufenen Bericht ist der Kriegszustand nicht nur in Tokio, sondern in ganz Japan ausgerufen worden.

Reuters meldet weiter aus Schanghai, daß der japanische Militärputsch von 3000 Mann des 3. Infanterieregiments der in Tokio stehenden 1. Division ausgeführt worden sei. Im Morgengrauen des Mittwoch besetzten sie das Regierungsgebäude, das Innenministerium, die Wohnungen des Ministerpräsidenten und des Innenministers sowie die Polizeizentrale.

Das Schicksal des Ministerpräsidenten Admiral Itada und des Innenministers Goto sei ungewiß. Man vermutet jedoch, daß sie zum mindesten gefangen genommen, wenn nicht ermordet worden seien.

Wie aus Nanjing berichtet wird, vertritt man dort die Ansicht, daß der Militärputsch in Tokio ein Vorzeichen für weitgehende Maßnahmen der Japaner in China und gegen Sowjetrußland sei.

In London liegen bis zur Stunde noch keine unmittelbaren Meldungen aus Tokio vor, da sämtliche Telefonverbindungen mit der japanischen Hauptstadt unterbrochen sind.

### Der japanische Ministerpräsident ermordet

Manila. Bei dem Staatsstreich japanischer Militärfreie sind, wie der japanische Generalkonsul in Manila auf Grund amtlicher Verständigung erklärte, Ministerpräsident Itada, Finanzminister Takahashi und Vicomte Nakano Saito ermordet worden.

Der Kaiser von Japan hat die Bildung eines neuen Kabinetts angeordnet.

Neuhorl. Aus Tokio einlaufende Meldungen besagen, daß der Kaiser die Bildung eines neuen Kabinetts angeordnet habe. Der japanische Reichstag ist für den 20. April einberufen worden.

### Neue Zuspitzung in China

Am Montag wurden durch das Hauptquartier des Marschall Densichan in Taiquansu die schon seit Wochen verbreiteten Gerüchte über eine ernste Bedrohung der Provinz Schansi bestätigt. Es wird jetzt zugegeben, daß der Widerstand längs des Nordflusses des Huangho teilweise zusammengebrochen ist. 6000 K o t a r m i s t e n überschritten den Huangho beiderseits des 37. Breitengrades und drangen 45 Kilometer nach Osten vor, wo sie Shilou belagern. Man befürchtet Angriffe großen Maßstabes auf der 150 Kilometer langen Front.

Falls von den Angreifern größere Maßnahmen beabsichtigt werden, ist zu erwarten, daß sie dabei den nationalen antiimperialistischen Standpunkt betonen werden, mit dem unter den heutigen Verhältnissen in Nordchina ein großer Anhang zu gewinnen ist.

## Von Tardieu zu Hodza

Hodza, der tschechoslowakische Ministerpräsident und Außenminister, hat von Anfang seiner Regierungszeit an eine bemerkenswerte außenpolitische Betriebsamkeit entfaltet, die ihren vorläufigen Höhepunkt gelegentlich der jüngsten Zusammenkünfte von Königen, Staatsmännern und Politikern in Paris gefunden hat. Unter den zahlreichen schriftlichen und mündlichen Äußerungen Hodzas ragt ein neuer Plan zur „Organisierung des Donauraumes“ hervor. Dieser Plan ist jedoch weder in seiner Anlage noch in seiner Zielsetzung originell. Er ist nichts weiter als der aufgewärmte Donauplan Tardieus, der im Anschluß an die mißglückten Veruche Brünnings und Schobers, eine deutsch-österreichische Zollunion zu bilden, zur Diskussion gestellt wurde. Daneben ist er einer jener vielen Pläne amtlicher und nichtamtlicher Natur, die im Laufe der vergangenen Jahre die Lösung der südosteuropäischen Schwierigkeiten zu bringen versprochen.

Die Schwierigkeiten der südosteuropäischen Völker- und Staatenwelt, die sich aus den ehemaligen Balkanländern und den teilweise mit ihnen verschmolzenen Nachfolgestaaten der Habsburger-Monarchie zusammenschließen, ergaben sich aus dem jähen Auseinanderbrechen Oesterreich-Ungarns und sind sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Natur. Der Zusammenschluß der Tschechoslowakei, Südslawiens und Rumaniens zur „Kleinen Entente“ sollte den politischen Einfluß Frankreichs im Donauraum sichern und hat ihn auch vornehmlich durch die Politik Beneschs und Titulescus gesichert. Wirtschaftlich blieb jedoch der Einfluß Frankreichs gering, soweit es sich um die handelspolitischen Beziehungen zwischen den Staaten der Kleinen Entente und Frankreich handelt.

Die raumpolitische Einheit Mitteleuropas, die außer den Ländern Südosteuropas auch Deutschland umspannt, wurde durch die neuen Grenzbeziehungen im Südosten unseres Erdteiles nicht berührt und bildete nach wie vor die natürliche Grundlage neuer untereinander geknüpften und der wirtschaftlichen Struktur des jeweiligen Landes angepaßten Handelsbeziehungen. Deutschland ist es dank dieser organischen Grundlagen geglückt, mit allen Staaten Südosteuropas, sowohl denen der Kleinen Entente als auch den außerhalb dieses Verbandes stehenden Ländern, in mehr oder weniger ausgebauter wirtschaftlicher Beziehungen zu treten. Diese Beziehungen sind frei von machtpolitischen Erwägungen, wie sie etwa den französischen Kreditoperationen im Donauraum zugrunde liegen. Der Handel zwischen Deutschland und den südosteuropäischen Staaten ist so bedeutsam, daß ihm gegenüber der Handel zwischen Frankreich und denselben Staaten verschwindet. Deutschland ist der beste Kunde vieler Südslawen, deren agrarische Ueberflüsse auf den deutschen Markt gleichsam angewiesen sind. Deutschland leistet somit einen beachtlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufbau eines Teiles Europas, der einem hoffnungslosen Schicksal, ja, einer anarchischen Auflösung preisgegeben zu sein schien.

Offenbar ist dieser positive Beitrag Deutschlands zur Wiederbelebung zwischenöstlichen Warenaustausches vielen ein Dorn im Auge. Die gekünstelte Politik Frankreichs im Donauraum zielt von Anfang an auf eine entsprechende „Gleichschaltung“ der Wirtschaft ab, um die natürlichen Beziehungen Deutschlands zu den Ländern Südosteuropas zu zerstören und Deutschland aus der Wirtschaft Südosteuropas auszuschalten. Der Plan Tardieus war der erste großangelegte Versuch solcher Art. Er sah die Bildung eines Donaublocks durch Gewährung gegenseitiger Vorzugszölle vor und wollte die Länder Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien und Südslawien zu einem einheitlichen Wirtschaftskörper, innerhalb dessen sich der bisher auch auf Deutschland und andere Länder des mitteleuropäischen Raumes ausgedehnte Blutkreislauf bewegen sollte, zusammenfassen. Dieser Plan wurde nicht Wirklichkeit, weil der von ihm vorgeschlagene Weg für die betroffenen Staaten allzu gewagt erschien, soweit er nicht überhaupt völlig unbeschreibbar war.

## Einberufung zum Arbeitsdienst

Die Reichsleitung des Arbeitsdienstes gibt über die Einberufungen zum Reichsarbeitsdienst, Frühjahr 1936, bekannt:

A) Zum April 1936 werden einberufen:

1. Arbeitsdienstpflichtige, die in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1915 geboren sind und die bei der Musterung 1935 „tauglich 1 oder 2“ befunden wurden, soweit sie nach ihrem „Vorläufigen Entscheid“ für die Einberufung zum 1. April 1936 vorgemerkt sind.

2. Wehrmachtfreiwillige, die von ihren Truppenteilen zum 1. Oktober 1936 angenommen sind und die ihrer Arbeitsdienstpflichtigkeit noch nicht genügt haben, soweit sie nicht ausnahmsweise von der Ableistung des Arbeitsdienstes ausdrücklich befreit wurden.

3. Bewerber, die sich als „vorzeitig Dienende“ oder „länger dienende Freiwillige“ um Einstellung in den Reichsarbeitsdienst beworben haben, soweit sie bis 10. März 1936 eine Mitteilung über ihre erfolgte Annahme erhalten.

B) Bis zum 1. Oktober 1936 werden zurückgestellt:

a) Arbeitsdienstpflichtige des Jahrganges 1935, die bei der Musterung 1935 „bedingt tauglich“ befunden wurden.

b) Arbeitsdienstpflichtige, die in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1915 geboren sind, soweit sie „sommerbeschäftigten Berufen“ angehören (z. B. Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei, Bau- und Baunebengewerbe und Binnenverkehr).

c) Von den Arbeitsdienstpflichtigen, die in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1915 geboren sind und die nicht zu den sommerbeschäftigten Berufsgruppen zählen, wird ein erheblicher Teil noch zum April 1936 einberufen, der Rest bis 1. Oktober 1936 zurückgestellt.

d) Die endgültige Entscheidung über die Einberufung oder Zurückstellung ergeht nur schriftlich. Zwischenbescheide werden nicht erteilt. Anfragen können nicht bearbeitet werden und sind daher zwecklos.

e) Arbeitsdienstpflichtige des Jahrganges 1915, die seit der Musterung ihren Wohn- und Aufenthaltsort oder innerhalb des Ortes ihre Unterkunft wechselten und hierüber noch keine Meldung erstattet haben, machen sich strafbar, wenn sie nicht unverzüglich ihre Anschrift dem Meldeamt für den Arbeitsdienst melden, das ihren „Vorläufigen Entscheid“ ausfertigt (acktenm.) hat.

f) Die Arbeitsdienstpflichtigen werden dringend davor gewarnt, ihre Arbeitsplätze aufzugeben oder sonstige Maßnahmen zu treffen, ehe sie im Besitz ihrer schriftlichen Einberufung sind.

### Freizeitaktion der HJ

Eröffnung durch Obergebietsführer Agmann.

Die Reichsaktion für die Freizeit der Jungarbeiter wurde mit einer Rede des Leiters des Jugendamtes der DAF, Obergebietsführer Artur Agmann, vor Tausenden von Jungarbeitern der Stirn und der Faust in Bremen eröffnet. Dem Jungarbeiter von heute, so führte Obergebietsführer Agmann aus, wird ein strenges Pflichtbewußtsein mit auf den Weg gegeben. Erfüllt er die Leistungen, die der Staat von ihm erwartet, dann kann er auch fordern. Das Jugendamt der DAF und das Soziale Amt der NSD. kämpfen dafür, folgende selbstverständliche Forderungen für die Jugend durchzusetzen:

1. Die Zahl der Lehrlinge eines Betriebes in ein gesundes Verhältnis zu der Zahl der Gefolgschaftsmitglieder zu bringen und die Lehrlingszucht auszumergen.

2. den Jungarbeitern eine Bezahlung der durch die Berufsschule ausfallenden Arbeitszeit zu sichern,

3. eine größere Freizeit für die Jungarbeiter zu erreichen.

Die Reichsaktion für die Freizeit der Jugendlichen wird zusammen mit der HJ. und DAF durch Aufrufe an die Betriebsführer mit aller Entschiedenheit durchgeführt, damit dem Jungarbeiter genügend Freizeit gegeben wird. Der Staat fordert diese Freizeit für seine Jugend; denn durch genügende Erholung bleibt sie gesund und leistungsfähig. Es ist nicht mehr so wie früher, daß der Nachschub eines Betriebes über die Gesundheit der Jugend triumphiert. Die Hitlerjugend wird daran arbeiten, die Forderungen der Jugend des Staates durchzusetzen.

Großer Appell der DAF für das Winterhilfswerk am 1. März!

